

Fa(I)ke News

Von Falk Röbbelen

Die Grünen schreiben ein Wahlprogramm, in dem viele Fragen über das „Wie“ offenbleiben. Zumindest aber das „Wo“ ergibt sich als eine der wenigen konkreten Anhaltspunkte aus dem Titel: „Deutschland. Alles ist drin.“ Darüber regen sich nun grüne Parteigenossen auf, denn „Deutschland“ sei nichtssagend, man könne es sogar negativ assoziieren.

In Düsseldorf regt man sich über ein Plakat eines geplanten Heino-Konzerts auf. Dort steht „Deutscher Liederabend“ und das sei untragbar. Mich wundert eher, dass es bereits jetzt ein Plakat für ein konkretes Konzert gibt.

Aber auch ich ärgere mich momentan sehr über Deutschland. Deutschland ist offensichtlich nicht digital, nicht fähig mit Krisen umzugehen, nicht pragmatisch dafür bürokratisch, kaum diskursfähig und wenn dann aber auf keinen Fall mit Ironie, Deutschland hat einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, dessen Aufsichtsräte offensichtlich teilweise nur dann für Meinungsvielfalt stehen, solange andere Meinungen keine Jobs in eben diesem Rundfunk erhalten, Deutschland hat einen Fußball-Bund, dessen Vorstand in Mentalitätsfragen durchaus mit der FIFA konkurrieren kann; Deutschland beschäftigt sich liebevoll mit Gendersternen und Deutschland wird wohl solange Identitätspolitik betreiben, bis auch der Letzte verstanden hat, dass nicht für alle Probleme von Minderheiten die Mehrheitsgesellschaft verantwortlich ist und dass nicht automatisch falsch ist, was ein Nichtbetroffener empfindet und ich bin erstaunt, dass ich mit meiner Corona-Politik-Kritik, wenn auch unwiderlegt, offensichtlich nicht mehr als „politisch korrekt“ gelte und das nicht einmal, weil ich ein heterosexueller, weißer, alter,

cis-Mann bin.

Aber das alles spielt kaum eine Rolle, denn das Bundesverfassungsgericht hat nicht nur den sinnlosen und rechtswidrigen Mietendeckel gekippt und unter absurd wirkendem Applaus von der Bundesregierung das Klimaschutzgesetz derselben Bundesregierung mangels Berücksichtigung von Freiheitsrechten für jüngere Generationen für verfassungswidrig erklärt, es hat leider auch zwei Eilanträge abgelehnt! Obwohl die abgelehnten Anträge in der Hauptsache nicht unbegründet erschienen, so das BVerfG, habe man jedoch in der Folgenabwägung gegen die Antragsteller entschieden. So erging es dem Eilantrag gegen das Infektionsschutzgesetz und ihren an subjektiven Einschätzungen hängenden, rigorosen Freiheitseinschränkungen, aber auch mindestens so dramatisch – und dennoch irgendwie erstaunlich still und heimlich – dem Eilantrag gegen das Eigenmittelbeschluss-Ratifizierungsgesetz. Auch dieser Name ist so wunderbar deutsch, wie er offensichtlich in seiner Länge nicht in unsere schnelllebige Zeit passt. Mit diesem Gesetz sollen die verheerenden wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Pandemie-Politik (ok, ich gebe zu, das Wort „Politik“ habe ich ergänzt!) in der EU eingedämmt werden. Und dafür wird sich Deutschland verpflichten, für bis zu 750 Mrd. Euro Schulden der EU-Mitgliedsländer geradzustehen. Sobald eins der Länder nicht mehr zahlen kann oder aus der EU austritt (hatten wir ja beides noch nie), müssen die anderen EU-Länder einspringen. Deutschlands Haftung könnte sich damit bis 2058 auf jährlich (!) 21 Mrd. Euro summieren.

Lustigerweise hat das BVerfG dieses Risiko gar nicht bestritten, sondern ist schlicht der Auffassung, dieser Fall sei so unwahrscheinlich, dass er nicht eintreten werde. Dabei gibt es nicht einmal einen verbindlichen Tilgungsplan. Von Bundestag und Bundesrat wurde das Gesetz dennoch mit wenigen Gegenstimmen durchgewunken, obwohl dieses Risiko auch dem Bundesrechnungshof eine Warnung wert war. Aber hier sieht das BVerfG anders als offensichtlich im Klimaschutz, wie im gesamten Umgang mit der Pandemie, die Freiheitsrechte jüngerer Generationen nicht gefährdet.

Ich empfehle dem geeigneten Leser nicht, alles auf die Karte zu setzen, dass der schlimmste Fall nicht eintreten wird. Ich habe immer häufiger in letzter Zeit das Gefühl, dass gerade mal wieder der schlimmste Fall eingetreten ist. Aber zumindest bei der Bundestagswahl – da wird der schlimmste Fall doch ganz sicher nicht eintreten, oder? Gruß von Murphy!

Bleiben Sie neugierig!

Anzeige

Wirtschaftskompetenz von Moin bis Moin.

International denken.
Hanseatisch handeln.

Neue Technologien, rasante Digitalisierung und veränderte Kundenerwartungen stellen weltweit die Geschäftsmodelle auf den Kopf. Unsere Spezialisten helfen mit innovativem Denken und konkreten Lösungen, den Wandel zu meistern – zugeschnitten auf Ihre Anforderungen vor Ort. Erfahren Sie mehr unter www.kpmg.de/hamburg

Heute. Für morgen. Für Hamburg.

Kontakt:

Dr. Jochen Haußer
T +49 40 32015-5630
jhausser@kpmg.com

Timo Marquardt
T +49 40 32015-5314
tmarquardt@kpmg.com

KPMG